

Antrag des CDU-Kreisvorstandes  
an den CDU-Kreisparteitag am 18. März d.J.



DER KREISGESCHÄFTSFÜHRER

Köln, den 25.02.2019

1 Der Kreisparteitag der CDU Köln möge beschließen:

2

### 3 **Pflegenotstand in Köln**

#### 4 **Stationäre Pflege**

5 Der Pflegenotstand ist bereits eingetreten, in Köln finden Betroffene kaum noch einen  
6 Platz in der stationären Pflege. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bis 2030 fehlen  
7 ca. 2000 vollstationäre Pflegeplätze. Dies entspricht 25 Stationären Einrichtungen (80  
8 Plätze pro Heim). Es gibt keine hierfür ausgewiesenen Liegenschaften. Neben der gefor-  
9 derten Synchronisierung der Verwaltungsarbeit mangelt es an Grundstücken, auf denen  
10 Heime gebaut werden können. **Der Kreisparteitag verweist den Antrag an die CDU-**  
11 **Fraktion im Rat der Stadt Köln mit dem Ziel die Verwaltung zu beauftragen:**

- 12 • Zu prüfen, wie Grundstücke für Pflegeeinrichtungen gesichert werden können, ana-  
13 log denen, die für Schulbauten reserviert sind.
- 14 • Zu prüfen, ob und wie Grundstücke für den Bau von Pflegeeinrichtungen gesichert  
15 werden können.
- 16 • Zu prüfen, wie die Baugenehmigungsverfahren für aktuelle Projekte beschleunigt  
17 werden können da die langen Bearbeitungszeiten das Problem der fehlenden Pfl-  
18 geplätze verschärft. stellt sich das Problem der Dauer der Baugenehmigungen.

19 Ende 2018 hat die Verwaltung eine Bestandsaufnahme vorgelegt. Derzeit wird hieraus  
20 eine Bedarfsplanung entwickelt. In diesem Rahmen sollen auch folgende Fragen geklärt  
21 werden:

- 22 • Wo besteht der Bedarf (lokalisieren)?
- 23 • Welche Liegenschaften stehen dort für eine stationäre Einrichtung zur Verfügung?

24

25 **Ambulante Pflege**

26 Kernproblem ist derzeit der akute Fachkräftemangel, so dass immer häufiger Anfragen von  
27 Betroffenen zurückgewiesen werden müssen. Da die ambulante Pflege nach Marktgeset-  
28 zen abläuft, sind prinzipiell alle Anbieter stadtweit tätig. Dies führt oft dazu, dass Pflege-  
29 kräfte bis zu 30 Prozent ihrer Arbeitszeit im Auto unterwegs sind. Es wird angeregt, ein  
30 Modellprojekt zu initiieren, bei dem ein regionaler Schwerpunkt gebildet wird, um die  
31 Fahrzeiten zu reduzieren. Hier bietet sich ein regional leicht abgrenzbarer Raum z. B. am  
32 Stadtrand als Modellregion an.

33

34 **Wohngemeinschaft als Zwischenform zwischen ambulant und stationär**

35 Initiierung eines Modellprojekts. Z.B. ältere Menschen , die in einem gemeinsamen Quar-  
36 tier aber unabhängig in eigenen Wohnungen / Häusern leben zu begeistern gemeinsam  
37 in ein Haus zu ziehen. Dies wäre eine Win-Win-Situation für alle. Die Belastung Haus /  
38 Garten entfällt die Kommunikation und die gesellschaftliche Teilhabe wird gefördert. Alle  
39 Möglichkeiten zwischen ambulanter und stationärer Pflege sollten dringend genutzt wer-  
40 den.

41 **Kurzzeitpflege (kommunal nicht lösbar)**

42 Es besteht ein dramatischer Mangel an Plätzen. Problem: finanzielle Rahmenbedingungen  
43 machen Einrichtungen der Kurzzeitpflege unwirtschaftlich. Dies ist erst ab einer zugrun-  
44 degelegten Auslastung von 50 % gegeben. Nur geringe Chance einen Kurzzeitpflegeplatz  
45 zu bekommen bei unerwartetem Ausfall einer Pflegeperson (Ehepartner  
46 /Familienangehörige/ Nachbarn u.a.) oder bei unerwarteter Entlassung aus dem Kranken-  
47 haus.

48 **Begründung:**

49 Die Pflegesituation in Köln ist dramatisch. Aufgrund der bekannten demografischen Ent-  
50 wicklung ergibt sich eine steigende Zahl der Pflegebedürftigen, auch ein steigender Bedarf  
51 an Versorgungsangeboten in der ambulanten wie stationären Pflege. Dabei sind alle stati-  
52 onären Einrichtungen ausgelastet, es gibt keine freien Plätze, zunehmend lange Wartelis-  
53 ten und das Abweisen von Klientinnen und Klienten sind an der Tagesordnung. Gleichzei-  
54 tig sinkt die verfügbare Platzzahl in Köln aufgrund von gesetzlichen Veränderungen und  
55 den dadurch notwendig gewordenen Umbau von Einrichtungen stetig weiter, während die  
56 Zahl der zu versorgenden Menschen kontinuierlich steigt. Eine Folge davon ist es, dass  
57 eine quartiersbezogene Versorgung häufig nicht mehr stattfinden kann und Pflegebedürf-  
58 tige Einrichtungen im Umland aufsuchen müssen. Eine Wahlfreiheit besteht de facto nicht  
59 mehr, weder mit Sicht auf eine stationäre Versorgung, noch in der Wahl eines ambulanten  
60 Pflegedienstes.